

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Landesarbeitsmarktpolitik dialogorientiert aufstellen und umsetzen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Angesichts der bundespolitischen Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik und in Erwartung weniger werdender Mittel im Rahmen der ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 müssen die Schwerpunkte der künftigen Landesarbeitsmarktpolitik im Dialog mit den Vertreterinnen/Vertretern der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen und den Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen diskutiert werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Koordinatorinnen/Koordinatoren bzw. Integrationsbegleiterinnen/Integrationsbegleiter zum Bundesprojekt Bürgerarbeit bis zu dessen Auslaufen im Jahr 2014 weiter zu finanzieren, solange der Bund diese Aufgabe nicht übernimmt, und falls künftig Anpassungsbedarfe entstehen, diese im Dialog mit Trägern und Jobcentern lösungsorientiert zu diskutieren und umzusetzen.
2. die Vertreterinnen/Vertreter der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen und die Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Land Mecklenburg-Vorpommern aktiv in die Aufstellung des operationellen Programms zur neuen ESF-Förderperiode und die damit korrespondierende Aufstellung des neuen Landesarbeitsmarktprogrammes einzu beziehen und deren Lösungsansätze möglichst zu berücksichtigen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Eine erfolgversprechende Arbeitsmarktpolitik lebt vom Dialog mit denjenigen, die als Träger von Maßnahmen über jahrelange Erfahrungen in der konkreten Umsetzung verfügen. Zudem sollte gerade in Zeiten ständiger Mittelkürzungen infolge bundespolitischer Entscheidungen und vor dem Hintergrund zu erwartender Mittelrückgänge im dreistelligen Millionenbereich in der ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 nicht über die Köpfe der Interessenvertretungen von Arbeitslosen hinweg, sondern im Dialog mit ihnen diskutiert werden, welche Maßnahmen insbesondere im Kampf gegen die sich weiter verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit im Land am nachhaltigsten wirken können.

Es existiert zwar ein Landesbeirat zum Landesprogramm „Arbeit durch Bildung und Innovation“, der allerdings nur in großen zeitlichen Abständen tagt. So wurde dieser zwar im November 2012 allgemein über die Aufstellung des operationellen Programms informiert, die nächste Sitzung ist jedoch erst für Mai/Juni 2013 terminiert. Somit steht zu befürchten, dass Vorschläge aus dem Beirat selbst, von Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen oder Interessenvertretungen der Erwerbslosen keinerlei Berücksichtigung mehr finden können.

Die Landesregierung hat es sich in Ziffer 241 des Koalitionsvertrages selbst zur Aufgabe gemacht, dass „für diejenigen, die trotz Vermittlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht auf Dauer in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit Hilfe des Bundes anzustreben sind und das Land entsprechende Initiativen auf der Bundesebene starten wird.“ Bislang kann sie diesbezüglich keine entsprechenden Arbeitsergebnisse vorweisen.

Stattdessen droht der Ausstieg des Landes aus der Förderung der integrationsbegleitenden Koordinatoreninnen/Koordinatoren für die 1.768 Bürgerarbeiterinnen/Bürgerarbeiter im Land. Dieses Bundesprogramm endet am 31.12.2014. Die Notwendigkeit sozialpädagogischer Begleitung langzeitarbeitsloser Frauen und Männer, um deren Bewerberprofile zu verbessern, multiple Vermittlungshemmnisse abzubauen und im besten Fall eine Vermittlung in Arbeit zu ermöglichen, ist wissenschaftlich belegt, unter Arbeitsmarktexpertinnen/-experten unumstritten und sollte auch vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern anerkannt werden.

Auch in diesem konkreten Fall unterblieb durch das zuständige Ministerium zunächst der notwendige Dialog. Stattdessen wurde im Dezember 2012 einseitig und ohne Einbeziehung der Träger und der Jobcenter der Ausstieg aus der Förderung verkündet. Erst aufgrund massiver Beschwerden wurde eine Übergangslösung bis zum 31.03.2013 verabredet, die jedoch zu kurz greift. Bei einem Betreuungsschlüssel von aktuell eins zu achtundsechzig gibt es an und für sich kaum Spielräume für weitere Kürzungen, es wäre eher das Gegenteil anzunehmen.